

Leipzig, den 24. Oktober 2023

Klarstellung der Geschäftsführung des StuRa bezüglich der Stellungnahme des Orga-Teams der KEW

In dieser Klarstellung geht die Geschäftsführung des Student*innenRates ausschließlich auf die Aussagen der Stellungnahme ein, die die Geschäftsführung und die Arbeitsweise des StuRas explizit betreffen.

Die Aufgabe der Geschäftsführung in der Plenumsorganisation besteht in der Vorbereitung der Sitzung des Student*innenRates (Satzung §13 Abs. 4 c.). Wir sehen uns dazu verpflichtet, Anträge gleich zu behandeln. Es obliegt Studierenden der Universität Leipzig oder Arbeitsgruppen des StuRa, diese fristgerecht einzureichen. Es ist die Aufgabe des Plenums, darüber zu debattieren und zu entscheiden. Die Anträge werden knapp eine Woche im Voraus veröffentlicht und es ist nicht die Pflicht der Geschäftsführung, Personen oder Gruppen dazu explizit einzuladen.

Die Geschäftsführung verantwortet gegenüber der Raumverwaltung und Leitung der Universität Leipzig mit ihrer Zeichnung, dass Raumanträge von Arbeitsgruppen des Student*innenRates gestellt wurden (Satzung §13 Abs. 6).

Die Kommunikation zwischen der Geschäftsführung und den Organisator*innen der KEW bezog sich dementsprechend auf die Raumanträge und auf die Nichtunterstützung der KEW aufgrund Verstoßes gegen den Beschluss der Unvereinbarkeit mit von der KEW unterstützten Gruppen (Beschlussdatenbank vom StuRa: 01.04.2022).

Zum Zeitpunkt des Gesprächsangebots, das auch lediglich darin bestand, die Bereitschaft zu einem solchen zu signalisieren, waren die Entscheidungen bezüglich der Räume und Veranstaltungen bereits getroffen.

Abgesehen davon, dass die Erwähnung der Geschäftsführung unseres Erachtens inhaltlich an dieser Stelle keine Relevanz hat, empfinden wir es als unangebracht, die Namen der Amtsinhabenden zu erwähnen.

Auf Nachfrage bei den Veranstaltern der PiWo wurde der Geschäftsführung versichert, dass weder Felix Fink noch Paul Steinbrecher an der inhaltlichen Organisation mitwirkten. Paul Steinbrecher hat lediglich in seiner Rolle als Referent für Hochschulpolitik, z.B. bei der Verteilung von Flyern, unterstützt. Es erfolgte keine inhaltliche Zusammenarbeit. Wir als Geschäftsführung sehen uns in der Pflicht gegenüber unseren Arbeitsgruppen, auch diesen Punkt klarzustellen.